

Das Magazin für Eltern & Kind rund um Bayreuth

Nr. 01/09

fre ggerla



**Weihnachten 2009:
Der Spagat zwischen
Kirchenfest und
Kommerz**

Veranstaltungen | Impfen oder nicht? | Kita-Portrait: Traumland und Fizzli Puzzli

Hopp oder Topp?

Pro

„In dem Koalitionsvertrag wurden elementare gesellschaftspolitische Weichen gestellt, so dass künftig grundsätzlich das Wohl der Familien im Mittelpunkt steht“, verdeutlicht Hartmut Koschyk, Bundestagsabgeordneter der CSU für den Wahlkreis Bayreuth-Forchheim und inzwischen Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Gerade das Betreuungsgeld, für dessen schnellst mögliche Umsetzung ab Januar 2013 sich die CSU einsetzt, sei ein Grundpfeiler der künftigen Familienpolitik und dürfe auch bei kommenden Regierungsbildungen nicht wieder zur Disposition stehen. Denn: „Grundsätzlich geht es mir bei dem Betreuungsgeld um die Wertschätzung der Erziehungsleistung der Eltern.“

Insgesamt ist Koschyk mehr als zufrieden mit den Festlegungen im Koalitionsvertrag. Die Ausrichtung der Familienpolitik und die eingeleiteten bzw. in Aussicht gestellten Maßnahmen seien ein „hundertprozentiger Verhandlungserfolg der CSU“, betont der in Goldkronach beheimatete Parlamentarische Finanzstaatssekretär. Zentrale Punkte seien die zum 1. Januar 2010 erfolgende Erhöhung des Kindergeldes um 20 Euro, die Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrages für Kinder auf 7008 Euro und die Einführung des Betreuungsgeldes ab Januar 2013. „Das Geld soll in der Regel bar ausgezahlt werden, an bestimmte Familien eventuell auch in Form von Gutscheinen. All dies ist gerade der CSU zu verdanken.“

Koschyk kann der Kritik gerade auch am Betreuungsgeld wenig abgewinnen. Wenn Familien nach der Neuberechnung des Existenzminimums und Leistungen um Hartz IV mehr Geld ausgezahlt werde, begrüßten dies alle. „Mehr Geld für Familien ist also gut.“ Sobald aber auf einem Euro „Betreuungsgeld“ stehe, sei es schlecht. „Das ist für mich ein

nicht nachvollziehbarer Widerspruch.“ Das Betreuungsgeld mache Familien stärker, es ermögliche die Wahlfreiheit zwischen subventionierter und in Familien geleisteter Betreuung. Und: „Es gibt ein wichtiges Signal gesellschaftlicher Anerkennung. Eltern erhalten Unterstützung und Anerkennung ihrer Erziehungsleistung in der Phase, in der sie am dringendsten Unterstützung bedürfen.“ Nachdem der CSU-Bundestagsabgeordnete nun als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium für die Bereiche Steuerpolitik und Finanzmarktfragen zuständig ist und damit einen noch tieferen Einblick in die Staatskasse hat, hält er die Einführung des Betreuungsgeldes ab 1. Januar 2013 weiterhin für realistisch und gesellschaftspolitisch zwingend notwendig. „Die CSU wird die Erfüllung dieser familienpolitisch bedeutsamen Koalitionsvereinbarung entschieden einfordern.“

Koschyk wehrt sich auch gegen den Vorwurf, statt einer tatsächlichen Entlastung würden lediglich finanzielle Belastungen umgeschichtet, zum Beispiel durch die Einführung der Mehrwertsteuer bei kommunalen Unternehmen, was eine Anhebung der Wasser- und Müllgebühren nach sich ziehen könnte. „Die bürgerliche Koalition will – neben den bereits ab 2010 wirksamen Maßnahmen – die Steuern ab 2011 jedes Jahr um 24 Milliarden Euro senken und damit Wachstumskräfte freisetzen.“

Der besondere Schutz des Staates für Ehe und Familien – dafür stehe die CSU. Und daher zähle die familien- und kindgerechte Ausrichtung der Gesellschaft für die CSU zu den herausragenden Zukunftsaufgaben. Gut vorbereitet für die Zukunft sind Staat und Gesellschaft erst, wenn sich Familien und Kinder bestmöglich entfalten können. Dies erfordere eine umfassende Neuausrichtung der Politik auf die Belange von Kindern und Familien. Koschyk: „Auch von meiner christlichen Überzeugung her ist die Familie die entscheidende Grundlage unseres menschlichen Zusammenlebens.“ ■

Hartmut Koschyk ist CSU-Bundestagsabgeordneter und parlamentarischer Finanzstaatssekretär, hier zu Besuch im Kindergarten von Buchau.

